



I 
BLEIBE
RECHT

Wie Integration verhindert wird

... und dennoch mit einem Preis geehrt werden soll

Der Verein *Bon Courage e.V.* wurde für den Integrationspreis der Bundeskanzlerin nominiert. Darüber ist er aber durchaus verwirrt, denn er sieht diese Würdigung seiner Arbeit als gravierenden Widerspruch zu einer Politik, die derzeit alles andere tut, als Integration zu fördern. Ein Beitrag von *Bon Courage e.V.*

Die Förderung der Integration oder was auch immer als Integration benannt wird, ehrt die Bundesregierung alljährlich mit einem Preis. Dabei werden zahlreiche Initiativen und Vereine nominiert und in das Kanzleramt geladen. In diesem Jahr erhielt auch der Verein *Bon Courage e.V.* aus Borna in Sachsen eine Nominierung. Er will in Form von politischer Öffentlichkeits-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit in die Gesellschaft hineinwirken, um diese für ein solidarisches, von gegenseitigem Respekt geprägtem Miteinander zu sensibilisieren. Der Schwerpunkt vieler Projekte liegt zum einen auf der Unterstützung und Beratung von Asylsuchenden und zum anderen führt der Verein gedenkstättenpädagogische Bildungsangebote durch.

Über die Nominierung hat sich der Verein einerseits gefreut, so stellt sie doch eine Würdigung seiner Arbeit dar. Andererseits ist er darüber mehr als verwirrt, denn die Bundesregierung hat in diesem Jahr durch das Hau-Ab-Gesetz weitreichende Verschärfungen in der

Asylgesetzgebung und damit eine fortschreitende Entrechtung von Geflüchteten initiiert. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Duldung-light oder auch Duldung zweiter Klasse genannt. Sie steht sinnbildlich für die Botschaft des „Hau-Ab!“, die alle Gesetzesverschärfungen seit 2015 aussandten.

Die Gesetzesverschärfungen und auch die Abschiebep Praxis sprechen eine komplett andere Sprache als die Förderung der Integration. Deswegen hat der Verein *Bon Courage e.V.* die Festveranstaltung zur Verleihung des Integrationspreises zum Anlass genommen, dem Kanzleramt Briefe von Geflüchteten zu überreichen. Die Sprache, die dort zum Ausdruck kommt, spiegelt die Realität von Geflüchteten, die im Deutschland des Jahres 2019 leben, die sich anstrengen, endlich anzukommen, denen die Behörden mit der Zeit jedoch zunehmend höhere Hürden in den Weg stellen.<

Brief des Herrn O. an Kanzlerin Merkel

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie leben in anderen Lebensverhältnissen als ich. Ich bin ein sogenannter, abgelehnter Asylbewerber, ein ausreisepflichtiger Mensch. Ich bin mir sicher, dass es Ihnen nicht bewusst ist, was es bedeutet, mit diesem Status in diesem Land und zu dieser Zeit zu leben. Ich erlaube es mir, Ihnen einen Teil meines Lebens zu beschreiben. Ich möchte Sie in diesem Brief damit konfrontieren, welche Auswirkungen Ihre Entscheidungen auf mein Leben haben. Sie sind letztendlich für all die Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre verantwortlich. Ich bin aus Marokko geflohen. Und ja, ich hatte Gründe. Aber das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, BAMF, und die Verwaltungsgerichte wollten mir keinen Schutz zusprechen. Dabei wurde ich verfolgt. Die politische Debatte über Geflüchtete

Alle Briefe sind abrufbar unter https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/wp-content/uploads/2019/11/Bon-Courage-Integrationspreis_Briefe-gesammelt.pdf

Ich kann nur ganz real nicht an der Gesellschaft teilhaben

und Migrant*innen heute ist voller Hass und Neid. Ich sehe mich ständigen Unterstellungen ausgesetzt, ich würde den Sozialstaat ausnutzen. Wer mir das unterstellt, weiß nicht, dass ich keine Arbeitserlaubnis habe. Das verdanke ich den Gesetzen, die auch Sie unterschrieben haben. Auch Vertreter*innen der CDU/CSU schimpfen gern über Leute wie mich, dass ich nicht arbeiten würde. Nur, sie müssten sagen, dass ich nicht arbeiten darf. Das wäre näher an meiner Realität. Ich war bei der Agentur für Arbeit. Ich hatte ein Angebot aus dem Großhandel. Der Mitarbeiter der Agentur und ich hatten alle Dokumente ausgefüllt. Am Ende wurde mir jedoch die Beschäftigung von der Ausländerbehörde verboten. Der Agenturmitarbeiter war darüber trauriger als ich. Ich hatte es schon erwartet.

Von mir wird immer verlangt, ich solle mich integrieren. Ich sollte eigentlich in einer Gemeinschaftsunterkunft einer Großstadt leben. Dort gibt es keine Privatsphäre. Das, was auch Sie von mir verlangen, Integration, habe ich nicht durch das Leben in all den Lagern erreicht. Ich lebe nicht dort. Ich lebe aus meinem Rucksack und schlafe in manchen Wochen in drei oder vier verschiedenen Betten. Das mag nicht leicht sein, aber wenigstens bestimme ich, was

geschieht. In einer Gemeinschaftsunterkunft kann ich das nicht.

Ich kann nur ganz real nicht an der Gesellschaft teilhaben. Meine Versuche, teilzuhaben – zu arbeiten, selbstbestimmt zu wohnen, auf Partys zu gehen, ins Kino oder in die Sauna, mich frei auf der Straße zu bewegen – können immer sanktioniert werden. Und das alles finde ich unfair. Ich bin ein abgelehnter Asylbewerber, ohne Arbeit. Das sind die Kategorien, die mein Leben bestimmen.

Ich möchte fair sein: Für Ihre Entscheidung aus dem Jahr 2015, die Grenzen nicht zu schließen, genießen Sie meinen vollen Respekt. Dadurch wurde ermöglicht, dass viele Menschen Schutz und Sicherheit erhalten haben. Nur hieß es schon damals immer wieder, dass „nicht alle“ kommen könnten. Dieser Satz ist Quatsch, das wissen Sie genauso gut wie ich. Es

kommen nicht „alle“, „alle“ haben das gar nicht vor. Für Menschen mit meiner Staatsbürgerschaft und anderen bedeuteten die folgenden Entscheidungen und neuen Gesetze, dass sie nicht mehr auf den Schutz des deutschen Asylrechts bauen konnten. Auch wenn sie Schutz noch so nötig haben. Meiner Meinung nach wurden Sie, Frau Mer-

kel, unter Druck gesetzt, auch von Ihrer eigenen Partei. Sie wollten Ihre Macht erhalten und einen befürchteten Schaden für Ihre Partei minimieren. Es tut mir leid, dass Sie dies erleben mussten. Aber ein ehrlicher Mensch sollte zu seiner Meinung stehen, auch wenn das Nachteile mit sich bringt. Wollen Sie, dass ich mich integriere oder nicht? Einigen Sie sich mit Ihrer Regierung und Ihrer Partei, darum bitte ich Sie. Ihre Politik gibt keine eindeutige Antwort. Ausreisen werde ich nicht freiwillig. Mein Wille ist zu stark, etwas zu tun, was ich ablehne. Entscheiden Sie sich, wie Sie mit Menschen wie mir umgehen möchten, welche Chancen wir haben sollen in dieser Gesellschaft. Denn wenn Sie und Ihre Behörden auch nur einen von uns abschieben, dann müssen Sie sich bewusst sein, dass wir da sind und niemals alle gegangen sein werden. Heute ist es auch Ihre Entscheidung, was mit uns geschehen soll.

Ich bleibe aus Gründen anonym. Aber seien Sie sich sicher, dass ich da bin.

O.“<